

Herrn
Guido Westerwelle
Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
D - 11013 Berlin

CSI-Deutschland
gemeinnützige GmbH
Postfach 210339, 80673 München
Telefon 089-547676-0
Telefon 089-589975-50
Fax 089-589975-51
E-mail info@csi-de.de
Internet www.csi-int.org
Internet www.csi-de.de

München, 30. November 2011

Herr Aussenminister,

Christian Solidarity International (CSI) hat heute eine Völkermord-Warnung herausgegeben, welche die mindestens zwölf Millionen Mitglieder zählende nichtmuslimische Minderheit in Nordafrika und im islamischen Nahen und Mittleren Osten betrifft.

Von Marokko bis Pakistan sind Bedingungen entstanden, die einen Völkermord an den dort lebenden nichtmuslimischen Minderheiten befürchten lassen. Im Irak, in Ägypten, im Sudan, im Iran und in Pakistan kämpfen diese Minderheiten um ihr Überleben. Saudi-Arabien ist bereits zu einem "von religiöser Vielfalt gesäuberten Staat" degeneriert.

Die CSI Völkermord-Warnung folgt alarmierenden Statements von Politikern, die kürzlich veröffentlicht worden sind:

"Wir können und werden **ein besonders perverses Programm der religiösen Säuberung** im Mittleren Osten nicht tolerieren und gutheissen" - Nicolas Sarkozy, 7. Januar 2011

"Christen werden auf offener Strasse massakriert, ungerechtfertigt, ohne jeden Grund, nur weil sie Christen sind. **Was hier geschieht, ist Völkermord**" - Amin Gemayel, libanesischer Staatspräsident a.D., 3. Januar 2011

"Die jüngsten Entwicklungen [tödliche islamistische Angriffe gegen ägyptische Christen im Mai 2011] erfüllen uns mit Grauen ... **Ziel der Islamisten ist die Anfachung von Hass und Gewalt.**"
– Wolfgang Schüssel, österreichischer Bundeskanzler a.D., 27. Juni 2011.

Fünf Monate nach den Pogromen, auf die sich Wolfgang Schüssel bezog, attackierte die u.a. mit US-Subventionen finanzierte ägyptische Armee eine friedliche Demonstration von Christen in Kairo und tötete mindestens 25 Menschen.

Attentate gegen nichtmuslimische Minderheiten, denen ein islamisches Überlegenheitsdenken zugrunde liegt, fallen in deutschen Medien fast immer unter den Tisch. Dazu einige wenige Beispiele, die wir seit Beginn des sogenannten "Arabischen Frühlings" registrieren mussten:

- Der ägyptische Schüler Ayman Nabil Labib - von Klassenkameraden ermordet, nur weil er ein Kreuzzeichen auf seinem Körper trug;
- Der iranische Pfarrer Yousef Nadarkhani - zum Tod verurteilt, weil er vom Islam zum Christentum übertrat;
- Der katholische Pfarrer Mark Rybinski - in Tunesien ohne jeden Grund die Kehle durchgeschnitten;
- Die 27-jährige pakistanische Krankenschwester Shaista Samuel - von Muslimen vergewaltigt und erpresst, ihrem christlichen Glauben zugunsten des Islam abzuschwören;
- Der libysche Jude David Gelbi - von einem islamistischen Mob daran gehindert, in Tripoli eine Synagoge wiederzueröffnen: "Es gibt in Libyen keinen Platz für Juden", skandierte die Menge.
- CBS-Reporterin Lara Logan - auf dem Tahrir-Platz in Kairo einem Sexualdelikt zum Opfer gefallen und von Muslimen in Sprechchören als "Jüdin!, Jüdin!" ausgebuht;
- Die irakischen Christen Hanna Polos Emmanuel and Bassn Isho - beide gekidnappt und kurz darauf in der Nähe der Stadt Kirkuk erschossen.

Für diese und viele andere Gewalttaten gegen Nicht-Muslime in der islamischen Welt sind weder El Kaida noch ähnliche Terrornetzwerke verantwortlich. Statt dessen sind sie oft von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren initiiert, die z.T. auch von der Bundesrepublik Deutschland finanziert werden. Allen ist gemeinsam, dass sie von einer tief verwurzelten Kultur islamischen Überlegenheitsdenkens inspiriert werden, die sich in nichts von Rassismus und Anti-Semitismus unterscheidet.

Virulentes, auf der Scharia basierendes islamisches Überlegenheitsdenken führte im 20. Jahrhundert bereits zur Auslöschung von einstmals blühenden christlichen Gemeinden in der Türkei - Armenier, Griechen und Assyrer - und war die Ursache für den Niedergang der jüdischen Volksgruppe in der arabischen Welt. Dieselbe völkermordende Dynamik ist jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Gang gekommen. Sie muss eingedämmt werden, ehe es zu spät ist.

Christian Solidarity International appelliert an Sie, bei Ihrer nächsten Regierungserklärung zur Aussenpolitik Massnahmen zur Verhinderung der vollständigen religiösen Säuberung im Nahen und Mittleren Osten anzukündigen. Sie sollte folgende zentrale Elemente enthalten:

1. Aufforderung an den UNO-Generalsekretär, eine Genozid-Warnung herauszugeben und Präventivmassnahmen auf der Grundlage von Resolution 1366 des UN-Sicherheitsrates zu ergreifen;
2. Subventionen für den Demokratisierungsprozess in der Region sind an Bedingungen zu knüpfen, die auf eine Überwindung des islamischen Überlegenheitsdenkens zielen;
3. Organisationen, welche die religiöse Diskriminierung vor Ort fördern, erhalten in Zukunft keinerlei Hilfsgelder mehr.

Herr Aussenminister, Sie und Ihre Parteifreunde treten für liberale Werte, für Religionsfreiheit und für Menschenrechte ein. In Ihrer Regierungserklärung vom 16. März diesen Jahres haben Sie angesichts der dramatischen Ereignisse des "Arabischen Frühlings" folgende Erklärung abgegeben:

" ... aber mehr als bisher werden wir die Unterstützung der Europäischen Union an klare Erwartungen knüpfen. Am vergangenen Freitag hat der Europäische Rat beschlossen, dass wir Leistungen an unsere Mittelmeerpartner an sichtbare Fortschritte bei Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, in Richtung unabhängiger Justiz und bei der Korruptionsbekämpfung knüpfen werden."

Herr Aussenminister, die Zeit für konkrete Aktionen ist reif, um religiöse Säuberungen zu verhindern und alle diplomatischen, ökonomischen und strategischen Massnahmen zu treffen, die Ihrer Regierung zur Verfügung stehen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union dürfen ihre strategischen und ökonomischen Interessen nicht auf Kosten des Lebens und der Freiheit von verwundbaren religiösen Minderheiten durchsetzen.

Hochachtungsvoll
CSI-Deutschland gemeinnützige GmbH



Gunnar Wiebalck
Geschäftsführer